

Nunnenkamp, Peter

Working Paper — Digitized Version

Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer? Eine kritische Analyse des Baker-Plans

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 117

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Nunnenkamp, Peter (1986) : Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer? Eine kritische Analyse des Baker-Plans, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 117, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/1058>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer?

Eine kritische Analyse des Baker-Plans

von Peter Nunnenkamp

A U S D E M I N H A L T

- Die vom amerikanischen Finanzminister Baker vorgeschlagene Strategie zur Lösung der Verschuldungsprobleme vieler Entwicklungsländer wird durchweg als richtungweisend gelobt. In einer konzertierten Aktion sollen:
 - die wichtigsten Problemschuldnerländer sich verpflichten, wirtschaftspolitische Reformprogramme durchzuführen;
 - die westlichen Geschäftsbanken sich bereit erklären, diesen Ländern zusätzliche Kredite einzuräumen;
 - die internationalen Entwicklungshilfeorganisationen ihr Kreditvolumen merklich ausweiten.
- Eine Analyse der zentralen Elemente des Baker-Plans zeigt jedoch, daß der volkswirtschaftliche Nutzen der angeregten Maßnahmen zweifelhaft ist und daß erhebliche soziale Kosten drohen. So deutet einiges darauf hin, daß die wichtigste Voraussetzung für eine langfristige Überwindung von Schuldendienstproblemen - die umfassende Korrektur wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen in den Problemschuldnerländern - von Anfang an nicht ernst genug genommen wird. Es fehlt überdies an einer glaubhaften Zusicherung der Gläubigerstaaten, daß sie helfen werden, die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer durch eine wachstumsfördernde Politik und eine Handelsliberalisierung zu lindern.
- Wenn der Staat heute die privaten Gläubigerbanken zu neuen Krediten drängt, wird es später kaum möglich sein, staatliche Hilfe auszuschlagen, falls Banken wegen dieser Engagements in Schwierigkeiten geraten. Schon jetzt fordern die Banken vermehrte öffentliche Kreditgarantien. Damit droht eine Wiederholung der leichtfertigen Kreditvergabe der siebziger Jahre. Des weiteren steht zu befürchten, daß jene Schuldnerländer diskriminiert werden, die sich bisher erfolgreich bemüht haben, ihre Auslandsverbindlichkeiten termingerecht zu bedienen. Eine ausgeweitete Kreditvergabe der internationalen Entwicklungshilfeorganisationen an die Problemschuldner droht darüber hinaus die traditionell stark auf öffentliche Kapitalzufuhren angewiesenen besonders armen Entwicklungsländer zu benachteiligen.
- Die Vergangenheit hat gezeigt, daß für das im Baker-Plan deutlich werdende Mißtrauen gegenüber Ansätzen, die die Schuldenkrise ohne vermehrte staatliche Interventionen der westlichen Regierungen lösen wollen, wenig Anlaß besteht. Wenn Gläubiger- und Schuldnerländer erfolversprechende Anpassungsmaßnahmen in Angriff nehmen, ist zu erwarten, daß auch die Geschäftsbanken ihre Rolle bei der Lösung von Verschuldungsproblemen spielen. Sie müssen solchen Ländern, die gute Chancen einer mittelfristigen Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bieten, auf eigenes Risiko zusätzliche Kredite gewähren, damit schwierige Überbrückungsphasen überwunden werden können. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds sollten sich möglichst darauf beschränken, den Entwicklungsländern beim Entwurf wirtschaftspolitischer Reformprogramme behilflich zu sein und die Informationsbasis für Schuldner und Gläubiger zu verbessern.

Das internationale Schuldenproblem: Ein Fall für die Regierungen der Gläubigerländer?

Eine kritische Analyse des Baker-Plans

I. Einleitung

Seit Mexiko im August 1982 die Schuldendienstzahlungen an seine Gläubiger eingestellt hat, sind zahlreiche Vorschläge gemacht worden, wie akute Verschuldungsprobleme bewältigt und neue Krisen möglichst verhindert werden könnten. Nie zuvor jedoch ist eine Initiative in den Industrieländern so einhellig begrüßt worden wie der sogenannte Baker-Plan. Die vom amerikanischen Finanzminister auf der gemeinsamen Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) im Oktober 1985 in Seoul vorgeschlagene Strategie wird allgemein als richtungweisend gelobt. Sie umfaßt drei zentrale Elemente [Schulmann, 1985]. In einer konzertierten Aktion sollen:

- die wichtigsten Problemschuldner sich verpflichten, wirksame Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen und wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen zu korrigieren;
- die westlichen Geschäftsbanken sich bereit erklären, zusätzliche Kredite zu gewähren;
- die internationalen Finanzierungsinstitutionen (insbesondere die Weltbank) ihr Kreditvolumen merklich ausweiten.

Die einzelnen Bestandteile dieses Plans, so lautet der Tenor der meisten Stellungnahmen, bedürften noch einer genaueren Ausarbeitung. Teilweise werden darüber hinaus Ergänzungen gefordert. Dessen ungeachtet wird der Plan von verschiedenen Seiten grundsätzlich positiv beurteilt [für die Bundesrepublik vgl. z.B. Blessing, 1985; Köhler, 1985; Tietmeyer, 1985]. Auch in der Wissenschaft wird von einem "erlösenden Anstoß" des amerikanischen Finanzministers gesprochen [Gutowski, 1985].

Die breite Übereinstimmung in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft überrascht. Die Baker-Initiative scheint darauf hinauszulaufen, daß die Rolle staatlicher Stellen bei der Lösung von Verschuldungsproblemen ausgeweitet wird, und könnte es begün-

stigen, daß privatwirtschaftliche Verluste von Geschäftsbanken auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Möglicherweise ist die Baker-Initiative tatsächlich richtungweisend, droht aber in die falsche Richtung zu führen.

Die zentralen Elemente der vorgeschlagenen Strategie sind deshalb darauf hin zu analysieren, ob sie tatsächlich geeignet sind, die fortdauernden Verschuldungsprobleme zu überwinden sowie neue Krisen zu vermeiden, und welche volkswirtschaftlichen Kosten dabei anfallen. Zunächst wird kurz diskutiert, welcher wirtschaftspolitische Anpassungsbedarf in Schuldner- und Gläubigerstaaten besteht und ob der Baker-Plan dazu beiträgt, notwendige Korrekturen in Angriff zu nehmen (Abschnitt II). Danach wird untersucht, ob es sinnvoll ist, daß staatliche Stellen Druck auf die westlichen Geschäftsbanken ausüben, damit diese den Problemschuldner weitere Kredite einräumen. In Abschnitt III wird auch auf die wahrscheinlichen Folgen zukünftiger Kreditausfälle für das Bankverhalten und die Lastenverteilung hingewiesen. Ferner werden die Probleme erörtert, die ein verstärktes finanzielles Engagement der multilateralen Entwicklungshilfeeinrichtungen in den Hauptschuldnerländern aufwirft. Abschnitt IV faßt die Kritik am Baker-Plan zusammen und skizziert in groben Zügen eine marktwirtschaftliche Alternative.

II. Fördert der Baker-Plan notwendige wirtschaftspolitische Umorientierungen in Schuldner- und Gläubigerländern?

Zahlreiche empirische Untersuchungen zu den Ursachen der verbreiteten Verschuldungsprobleme haben gezeigt, daß der in den Schuldnerländern verfolgten Wirtschaftspolitik eine zentrale Rolle dabei zukommt, ob Zahlungsschwierigkeiten vermieden werden können oder nicht [vgl. z.B. Balassa, 1984; Nunnenkamp, 1985a; 1985b]. Das erste Element der Baker-Initiative, die Forderung nach wirtschaftspolitischen Korrekturen der Problemschuldner, ist deshalb grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Frage ist jedoch, ob wirksame Reformprogramme tatsächlich durchgesetzt werden.

Die Schuldnerländer können ihre Aufbringungs- und Transferprobleme nur dann lösen und ihre internationale Kreditwürdigkeit nur dann wiedergewinnen, wenn sie eine umfassende Wirtschaftsreform in Angriff nehmen, die die gesamtwirtschaftliche

Effizienz auf längere Sicht steigert (1). Wichtige Elemente eines solchen Programms sind die Verminderung der inflationsfördernden Defizite im Staatshaushalt, eine stärkere Öffnung der Binnenmärkte, verbunden mit einem Abbau der wirtschaftspolitisch induzierten Benachteiligung weltmarktorientierter Produktionen, sowie eine Liberalisierung der Kredit- und Zinspolitik. Die Bedeutung der verschiedenen Bestandteile einer derartigen Reform kann von Land zu Land variieren. Allgemein gilt jedoch, daß nur ein in sich konsistenter Kurs erfolgversprechend ist [Hiemenz, 1985] (2).

Die Baker-Initiative scheint den Anforderungen an ein Reformprogramm in den Schuldnerländern auf den ersten Blick Rechnung zu tragen. Verkrustete Strukturen sollen durch Deregulierung aufgebrochen werden; eine verstärkte Marktorientierung und Öffnung der Volkswirtschaften soll Wachstumskräfte freisetzen. Angesichts dieser Zielsetzungen überrascht es jedoch, daß Argentinien von staatlichen Stellen in den Vereinigten Staaten offenbar dazu auserkoren wurde, als erstes Land auf der Basis des Baker-Plans zusätzliche Kredite zu erhalten [Kilborn, 1985; Handelsblatt 29./30.11.1985]. Begründet wird dies mit dem Wirtschaftsprogramm der argentinischen Regierung vom 14. Juni 1985. Dieses Maßnahmenpaket erfüllt jedoch nicht die Voraussetzungen einer grundlegenden und konsistenten Wirtschaftsreform. Teilweise steht es sogar im Widerspruch zu der geforderten Deregulierung und Marktorientierung der Wirtschaftspolitik in den Problemländern (3). Wenn Argentinien dennoch von der Baker-Initiative profitieren soll, so ist

-
- (1) Die Maßnahmen, die in den letzten Jahren von den wichtigsten Problemländern ergriffen wurden, dürften auf längere Sicht Zahlungskrisen eher verschärfen als lindern. Bisher herrschte eine kurzfristige Zahlungsbilanzorientierung vor. Leistungsbilanzdefizite wurden vor allem durch drastische und umfassende Importkürzungen abgebaut und der Neuverschuldungsbedarf wurde kurzfristig gedrosselt. Diese auch vom IWF gutgeheißen und oftmals sogar von ihm geforderte Vorgehensweise beschwört jedoch neue Entwicklungsempässe bei der Versorgung mit Zwischen- und Investitionsgütern herauf. Eine Anpassung durch rezessive Maßnahmen behindert die Mobilisierung heimischer Ressourcen in den Schuldnerländern. Importrestriktionen verschärfen Verzerrungen der Preis- und Produktionsstrukturen und sind geeignet, die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter zu beeinträchtigen.
 - (2) Die Erfahrungen einiger lateinamerikanischer Länder haben gezeigt, daß es nicht ausreicht, einzelne Kontrollen zu lockern und marktwirtschaftliche Prozesse in einigen wenigen Teilbereichen der Wirtschaft zuzulassen, während wichtige Märkte wie etwa der Kapital- und der Arbeitsmarkt reglementiert bleiben.
 - (3) Das argentinische Reformprogramm scheint vielfach hauptsächlich deshalb als erfolgversprechend angesehen zu werden, weil die Inflationsrate kurzfristig von etwa 30 vH monatlich (1984) auf nur noch ca. 2 vH gedrückt werden

dies ein starkes Indiz dafür, daß die angestrebte Korrektur wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen von Anfang an verwässert und nicht durchgesetzt wird.

Die Baker-Initiative macht es den Entwicklungsländern leicht, tiefgreifende Reformen abzulehnen. Sie können darauf verweisen, daß von ihnen etwas verlangt wird, was die Industrieländer selbst nicht zu leisten in der Lage oder willens sind: die Stabilisierung und Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft. Es fällt auf, daß der Plan die Regierungen der Gläubigerstaaten als wichtige Akteure im Hinblick auf die Lösung der Transferprobleme der Schuldner nicht gesondert aufführt. Zwar hat es eine Reihe weltmarktorientierter Entwicklungsländer vor allem in Asien auch bei drastisch verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschafft, Zahlungsschwierigkeiten weitgehend zu vermeiden, aber es ist nicht zu leugnen, daß die aufgestauten Schuldenprobleme in einer Vielzahl anderer Länder kaum gelöst werden können, ohne daß sich die Industriestaaten daran beteiligen (1).

Die Erfolgsaussichten für wirtschaftspolitische Reformen der Schuldner können entscheidend verbessert werden, wenn die Industrieländer die Voraussetzungen für ein anhaltend hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum schaffen. Überdies würde ein Abbau staatlicher Budgetdefizite (insbesondere in den Vereinigten Staaten) nach verbreiteter Auffassung einen nachhaltigen Druck auf die weiterhin hohen internationalen Zinssätze ausüben. Eine Senkung der Dollar-Zinsen um einen Prozentpunkt würde die Schuldendienstbelastungen für Bankverbindlichkeiten der 15 Län-

konnte. Dies ist jedoch vor allem auf einen administrativ verhängten Preis- und Lohnstopp zurückzuführen. Sobald dieser Eingriff aufgehoben wird, dürften aufgestaute Nachholeffekte neue Preisschübe auslösen. Der Preisstopp bewirkt zudem, daß sich die Verzerrungen der argentinischen Preis- und Produktionsstrukturen verstärken. Auch in anderen wichtigen Politikbereichen setzt das argentinische Reformpaket falsche Signale und läuft einer effizienzsteigernden und wachstumsträchtigen Strategie zuwider. So soll der Wechselkurs zum US-Dollar nach einmaliger Abwertung konstant gehalten werden; die nominalen Zinssätze für Einlagen und Kredite bleiben staatlich fixiert [vgl. ausführlich Fischer, Hiemenz, Trapp, 1984].

- (1) Die Form dieser Beteiligung ist umstritten. Auch von Bankenseite wird beklagt, daß es dem Baker-Plan neben den Beiträgen der Schuldnerländer, der Geschäftsbanken und der internationalen Organisationen an einer vierten Stütze fehle, die die Regierungen der Gläubigerstaaten bilden müssen [Schulmann, 1985]. Die Forderungen der Banken konzentrieren sich auf staatliche Garantieleistungen bei der privaten Neukreditvergabe und auf verstärkte öffentliche Kredite für die Problemschuldner. Dieses Verlangen wird in Abschnitt III diskutiert. Hier wird dagegen der realwirtschaftliche Anpassungsbedarf in den Industrieländern betont.

der, die die Baker-Initiative einbezieht (1), rechnerisch um 2,5 Mrd. US \$ jährlich verringern [AMEX, 1985, S. 7]; dies entspräche mehr als 35 vH der Kreditsumme, die die Geschäftsbanken diesen Ländern laut Baker in den nächsten drei Jahren jeweils neu einräumen sollten.

Der wichtigste Beitrag, der von den Regierungen der Gläubigerstaaten zu fordern ist, besteht darin, den internationalen Handel von künstlichen Hemmnissen zu befreien. Nur bei einer Handelsliberalisierung können die hochverschuldeten Entwicklungsländer ihre komparativen Produktionsvorteile nutzen und ausreichende Devisen verdienen, um ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Anpassungsstrategien der Schuldner sind erheblich leichter durchzusetzen, wenn die Gläubiger ohne weitere Verzögerungen bindende Verpflichtungen eingehen, Importrestriktionen abzubauen sowie die Subventionierung nicht mehr wettbewerbsfähiger Industriezweige zu stoppen, und die Versprechungen dann auch eingehalten werden. Es ist ein schwerwiegender Mangel der Baker-Initiative, daß die dringend erforderliche Deregulierung und Liberalisierung in den Industrieländern kein Programmbestandteil ist.

III. Nutzen und Kosten einer staatlichen Lenkung der internationalen Kapitalmärkte

1. Zur Finanzierungslücke der Schuldnerländer

Während die Baker-Initiative den Beitrag vernachlässigt, den die Regierungen der Industrieländer durch Handelsliberalisierung zur Lösung der Transferprobleme von Schuldnern leisten können, sieht sie vor, daß der Staat die westlichen Geschäftsbanken drängt, 15 ausgewählten Problemschuldnern neue Kredite einzuräumen. Im Zeitraum 1986-1988 sollen auf diese Weise netto 20 Mrd. US \$ aufgebracht werden; dies entspricht bei jährlich gleich hohen Beträgen von knapp 7 Mrd. US \$ einer Aufstockung der bereits aufgelaufenen Bankenforderungen an die 15 begünstigten

(1) Es handelt sich um Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, die Elfenbeinküste, Jugoslawien, Kolumbien, Marokko, Mexiko, Nigeria, Peru, die Philippinen, Uruguay und Venezuela.

Länder (ca. 275 Mrd. US \$) um etwa 2,5 vH pro Jahr. Parallel zu den privaten Banken sollen die öffentlichen multilateralen Finanzinstitutionen ihr Kreditengagement in den Problemländern ausweiten. Eine zentrale Rolle wird der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken zugeschrieben, die ihre jährlichen Bruttoausleihungen von insgesamt 6 Mrd. US \$ in den kommenden drei Jahren auf jährlich 9 Mrd. US \$ ausdehnen sollen. Nach Abzug der in diesem Zeitraum fälligen Rückzahlungen würde sich die Forderungsposition dieser Institutionen bis Ende 1988 ebenfalls um 20 Mrd. US \$ erhöhen.

Die Ausweitung des finanziellen Engagements öffentlicher Kreditgeber und der staatliche Druck auf die westlichen Geschäftsbanken werden von den Befürwortern des Baker-Plans damit begründet, daß die Entwicklungsländer auch in Zukunft einen erheblichen Finanzierungsbedarf decken müssen. Es wird geschätzt, daß für den Rest dieses Jahrzehnts selbst bei günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt 200 - 250 Mrd. US \$ aufzubringen sind [Köhler, 1985; Blessing, 1985]. Die Tatsache, daß viele Schuldnerländer derzeit negative Netto-Transfers aufweisen, d.h., daß fällige Amortisationen und Zinsverpflichtungen die Zuflüsse an Auslandskapital übersteigen, verstärkt die verbreitete Sorge, daß Finanzierungslücken ohne direkte und indirekte staatliche Interventionen in den internationalen Kapitaltransfer nicht geschlossen werden können.

Der Ausgangspunkt dieser Argumentation ist richtig: Die Entwicklungsländer werden auf absehbare Zeit Kapitalzuflüsse aus den Industrieländern benötigen, um ihre eigenen Ersparnisse zu ergänzen. Bleiben diese aus, steht zu befürchten, daß Wachstums- und Entwicklungsfortschritte nachhaltig gestört und verlangsamt werden. Dies gilt selbst dann, wenn sowohl die Schuldner- wie auch die Gläubigerstaaten die im vorangehenden Abschnitt diskutierten Empfehlungen beherzigen und eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die bestehende Verschuldungsprobleme überwinden und neue Schwierigkeiten verhindern hilft. Die vorgeschlagenen Strukturformen versprechen keine kurzfristig durchschlagenden Erfolge (1). Sie benötigen vielmehr Zeit, um wirksam zu werden, so daß eine schwierige Übergangsperiode finanziell überbrückt werden muß.

(1) Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, daß man bisher unmittelbar zahlungsbilanzwirksame Eingriffe wie Importkürzungen bevorzugt hat.

Allerdings erscheint es kaum möglich, den Finanzbedarf auch nur annähernd genau zu quantifizieren. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mögen sich einigermaßen modellieren lassen, indem man plausible Annahmen z.B. über gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten in den wichtigsten Industrieländern, Ölpreis- und Zinsentwicklung trifft. Die Höhe des durch Kapitalimporte zu deckenden Leistungsbilanzdefizits hängt aber maßgeblich davon ab, wie die Entwicklungsländer auf die exogenen Einflüsse reagieren. Ein umfassendes und konsistentes Reformprogramm würde die in vielen Ländern vorherrschende finanzielle Repression lindern und ist deshalb geeignet, vermehrt heimische Ersparnisse zu mobilisieren. Es kann damit gerechnet werden, daß ins Ausland geflossenes Fluchtkapital zurückkehrt und für heimische Investitionen zur Verfügung steht. Die Erwartungen der inländischen Sparer hinsichtlich der Ernsthaftigkeit der Reformbestrebungen bestimmen entscheidend darüber, wie schnell diese auf verbesserte finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen reagieren. Ein glaubhafter Politikwechsel dürfte die problematische Übergangsperiode merklich verkürzen und die externen Finanzierungserfordernisse verringern. Ähnliches gilt für ausländische Investoren, die Anteile am Produktivvermögen der Schuldnerländer erwerben möchten. Eine effizienzsteigernde Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer könnte folglich den auf der Basis gegebener Rahmenbedingungen errechneten Kreditbedarf schon auf kürzere Sicht nachhaltig reduzieren. Aus diesem Grund scheinen erste Zweifel an der dem Baker-Plan zugrundeliegenden These begründet, daß die internationalen Finanzmärkte nicht funktionsfähig und staatliche Interventionen unabdingbar seien, um Marktmängel zu beheben. Ferner werden mögliche Kosten der direkten und indirekten Staatseingriffe übersehen. In den folgenden Abschnitten werden diese Fragen genauer analysiert.

2. Versagen die internationalen Kapitalmärkte?

Die These vom Marktversagen im Kapitaltransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bezieht sich vor allem auf die westlichen Geschäftsbanken. Während die siebziger Jahre durch ein expansives Parallelverhalten der Banken gekennzeichnet waren und die Risiken der Kreditvergabe oftmals außer acht gelassen wurden, erfolgte im Jahre 1982 ein abrupter Wandel [vgl. ausführlich Nunnenkamp, Junge, 1985]. Die plötzliche Einschränkung der Kreditvergabe wird

von den Befürwortern des Baker-Plans als gesamtwirtschaftlich schädlich angesehen; staatliche Korrekturmaßnahmen seien deshalb erforderlich.

Tabelle 1 verdeutlicht die Zurückhaltung der Geschäftsbanken, der Dritten Welt neue Kredite einzuräumen. Noch im Zeitraum Januar 1981 - Juni 1982 stellten sie den Entwicklungsländern pro Quartal durchschnittlich 10,7 Mrd. US \$ an zusätzlichem Kapital zur Verfügung. Nachdem mit der mexikanischen Zahlungskrise im August 1982 Verschuldungsprobleme offenkundig geworden waren, schrumpfte die Neukreditvergabe (abzüglich Rückzahlungen) drastisch auf nur noch 3 Mrd. US \$ (durchschnittlicher Quartalswert für Juli 1982 - Juni 1985). Betrachtet man die Veränderungen der Nettoverbindlichkeiten der Nicht-OPEC-Entwicklungsländer, indem man deren Bruttoschulden gegenüber den westlichen Banken mit ihren Bankguthaben saldiert, wird der Wandel in der Politik der Banken noch deutlicher. Während die Nettoverbindlichkeiten bis Mitte 1982 vierteljährlich um durchschnittlich 7 Mrd. US \$ stiegen, gingen sie später sogar geringfügig zurück (um durchschnittlich 0,2 Mrd. US \$ pro Quartal); seit Juli 1983 ergaben sich für die Nicht-OPEC-Entwicklungsländer in fünf von acht Quartalen negative Werte.

Aus den hochaggregierten Angaben der Tabelle 1 kann jedoch nicht auf ein Versagen der internationalen Kapitalmärkte geschlossen werden. Es spricht eher für einen funktionsfähigen Markt als für ein Marktversagen, wenn überschuldete und nicht zahlungsfähige Kreditnehmer, die wenig Aussicht bieten, daß sich ihre Lage in absehbarer Zeit bessert, keine zusätzlichen Mittel von den Geschäftsbanken erhalten. Ein Marktangel läge nur bei einem undifferenzierten Wandel in der Kreditpolitik der Banken vor, d.h., wenn diese nicht zwischen Problemschuldnern und weiterhin kreditwürdigen Ländern unterscheiden und auch die letztgenannte Gruppe von der Zufuhr neuer Kredite abgeschnitten wird.

Für eine nicht diskriminierende restriktive Kreditvergabe der westlichen Geschäftsbanken seit Mitte 1982 gibt es kaum Anzeichen. Dies zeigt sich, wenn man den 15 Problemschuldnern, die der Baker-Plan umfaßt, vier wichtige Schuldnerländer gegenüberstellt, die kaum Zahlungsschwierigkeiten haben, obwohl auch sie umfangreiche Auslandsverbindlichkeiten aufweisen. Bei der letzten Gruppe handelt es sich um Indonesien, Malaysia, Südkorea und Thailand, die - zusammen mit den Philippinen, die als Problemland im Baker-Plan berücksichtigt sind - die bedeutendsten asiatischen Bankkreditnehmer darstellen. Tabelle 2 vergleicht die Entwicklung der Verbindlichkeiten der beiden genannten Ländergruppen gegenüber den westlichen

Tabelle 1 - Veränderung der Verbindlichkeiten und Forderungen von Entwicklungsländern gegenüber den westlichen Geschäftsbanken(a) 1981 I-1985 II (Mrd. US \$)

	Nicht-OPEC-Entwicklungsländer			OPEC-Länder			Entwicklungsländer insgesamt		
	Verbindlichkeiten	Forderungen	Nettverbindlichkeiten (b)	Verbindlichkeiten	Forderungen	Nettverbindlichkeiten (b)	Verbindlichkeiten	Forderungen	Nettverbindlichkeiten (b)
1981 I	4,6	-1,4	6,0	-2,4	5,4	-7,8	2,2	4,0	-1,8
II	7,7	0,9	6,8	1,4	1,1	0,3	9,1	2,0	7,1
III	10,8	1,9	8,9	2,4	-0,5	2,9	13,2	1,4	11,8
IV	16,8	8,0	8,8	2,8	-2,8	5,6	19,6	5,2	14,4
1982 I	2,4	-0,9	3,3	1,6	-0,6	2,2	4,0	-1,5	5,5
II	13,0	4,5	8,5	3,3	-6,0	9,3	16,3	-1,5	17,8
Durchschnitt 1981 I -1982 II	9,2	2,2	7,0	1,5	-0,6	2,1	10,7	1,6	9,1
1982 III	-0,7	-0,8	0,1	2,8	-3,7	6,5	2,1	-4,5	6,6
IV	5,1	2,1	3,0	0,5	-7,9	8,4	5,6	-5,8	11,4
1983 I	2,3	-	2,3	0,1	-8,2	8,3	2,4	-8,2	10,6
II	4,6	3,2	1,4	1,1	-7,1	8,2	5,7	-3,9	9,6
III	1,0	3,4	-2,4	1,3	2,6	-1,3	2,3	6,0	-3,7
IV	4,0	3,7	0,3	7,1	-0,8	7,9	11,1	2,9	8,2
1984 I	2,4	3,1	-0,7	-0,5	-2,2	1,7	1,9	0,9	1,0
II	2,4	8,7	-6,3	-	0,5	-0,5	2,4	9,2	-6,8
III	1,9	1,7	0,2	-2,8	3,1	-5,9	-0,9	4,8	-5,7
IV	3,5	6,2	-2,7	1,0	0,5	0,5	4,5	6,7	-2,2
1985 I	-1,7	-1,4	-0,3	-0,7	1,3	-2,0	-2,4	-0,1	-2,3
II	2,2	0,1	2,1	-1,7	-0,4	-1,3	0,5	-0,3	0,8
Durchschnitt 1982 III -1985 II	2,3	2,5	-0,2	0,7	-1,9	2,6	3,0	0,6	2,4

(a) Korrigiert um Wechselkurseffekte. - (b) Veränderung der Verbindlichkeiten abzüglich Veränderung der Forderungen der Entwicklungsländer.

Quelle: BIZ [lfd. Jgg.].

Tabelle 2 - Veränderung der Verbindlichkeiten von Entwicklungsländern gegenüber den westlichen Geschäftsbanken, Juni 1979 - Juni 1985

		Bruttoverbindlichkeiten		Nettoverbindlichkeiten (a)			
		15 Baker-Plan-Länder (b)		4 Vergleichsländer (c)	15 Baker-Plan-Länder (b)		4 Vergleichsländer (c)
Juni 1979	Mill.US \$	56377	(31879)	6313	42169	(15762)	1387
- Dezember 1980	vH(d)	49,6	(59,2)	36,2	62,3	(65,8)	18,0
Dezember 1980	Mill.US \$	44659	(14889)	4471	48087	(21125)	5742
- Juni 1982	vH(d)	26,3	(17,4)	18,8	43,8	(53,2)	63,1
Juni 1982	Mill.US \$	10076	(3989)	8412	9750	(6790)	7818
- Dezember 1983(I) (e)	vH(d)	4,7	(4,0)	29,8	6,2	(11,2)	52,7
Dezember 1983(II) (e)	Mill.US \$	-1729	(-7388)	3625	-15083	(-11293)	1933
- Juni 1985	vH(d)	-0,6	(-5,6)	5,9	-7,6	(-13,5)	4,2

(a) Bruttoverbindlichkeiten gegenüber den westlichen Geschäftsbanken minus Guthaben der Entwicklungsländer bei diesen Banken. - (b) Zu den Ländern vgl. Fußnote 1, S. 5; in Klammern: ohne Brasilien und Mexiko. - (c) Indonesien, Malaysia, Südkorea und Thailand. - (d) Mit der Höhe der Brutto- bzw. Nettoverbindlichkeiten der Schuldnerländer gewichtete Durchschnitte; ergänzend werden in Tabelle A3 ungewichtete Durchschnitte ermittelt. - (e) Durch Umstellung des Berichtsystems der BIZ ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen im Bestand an Verbindlichkeiten und Guthaben zwischen der (im Dezember 1983 endenden) alten Zahlenreihe (I) und der (im Dezember 1983 beginnenden) neuen Zahlenreihe (II).

Quelle: Tabellen A1 und A2.

Geschäftsbanken (1). Unabhängig davon, ob man die Brutto- oder Nettoverbindlichkeiten betrachtet, ergibt sich das gleiche Bild: Für die 15 Problemschuldner (Baker-Plan-Länder) zeigt sich ein klarer Bruch in der Entwicklung der Verbindlichkeiten in der Mitte des Jahres 1982. Während noch unmittelbar vor der mexikanischen Zahlungskrise Zuwachsraten von 26 vH (brutto) und 44 vH (netto) verzeichnet wurden, stellten sich wenig später drastisch reduzierte Zuwachsraten von 5 bzw. 6 vH ein; in den Jahren 1984 und 1985 schraubten die Geschäftsbanken ihr Kreditengagement in diesen Ländern sogar zurück.

(1) Für die Baker-Plan-Länder werden ergänzende Angaben gemacht, indem Brasilien und Mexiko herausgerechnet werden. Dies geschieht, um zu vermeiden, daß die Durchschnittsangaben für diese Ländergruppe von den beiden weitaus wichtigsten Schuldnern verzerrt werden.

Völlig anders stellt sich die Situation für die vier Vergleichsländer dar, die weiterhin kreditwürdig blieben und auch nach dem Mexiko-Schock (dem bald weitere folgten) auf die internationalen Kapitalmärkte zurückgreifen konnten. Die Bruttoverbindlichkeiten dieser Schuldner stiegen im Zeitraum Juni 1982 - Dezember 1983 um 30 vH; dies entsprach in etwa der bis Mitte 1982 erzielten durchschnittlichen Zuwachsrates. Selbst die Tatsache, daß diese Rate in jüngster Vergangenheit auf 6 vH (netto: 4 vH) zurückfiel, spricht nicht für ein Marktversagen. Die kreditwürdigen Vergleichsländer standen sich auch in dieser Phase erheblich besser als die Baker-Plan-Länder (1). Rechnet man Brasilien und Mexiko heraus, die in besonderem Maße von "erzwungener" Kreditvergabe (involuntary lending) profitierten, so belief sich der Abstand zwischen den Änderungsraten für die beiden Ländergruppen auf 11,5 Prozentpunkte bei den Bruttoverbindlichkeiten und sogar auf knapp 18 Prozentpunkte bei den Nettoverbindlichkeiten. Überdies ist zu vermuten, daß der geringere Zuwachs an Verbindlichkeiten im Falle der vier asiatischen Schuldner hauptsächlich auf eine gedrosselte Nachfrage nach Krediten zurückging (2). Sofern für die Vergleichsgruppe der kreditwürdigen Länder überhaupt Angebotsrestriktionen wirksam geworden sein sollten, dürfte dies nicht auf Marktversagen, sondern allenfalls auf ein staatlich induziertes Bankverhalten des "adverse selection" zurückzuführen sein. Je stärker die Geschäftsbanken von ihren Regierungen und vom Internationalen Währungsfonds gedrängt wurden, den Problemschuldnern weitere Kredite zu gewähren, während die staatlichen Bankaufsichtsbehörden gleichzeitig eine Begrenzung des Engagements der Banken in der Dritten Welt forderten, desto weniger Kapital war für Länder verfügbar, die bisher keine Zahlungsschwierigkeiten hatten und die deshalb nicht im Zentrum des öffentlichen Interesses standen.

Die seit 1982 deutliche Zurückhaltung der Banken, Problemschuldnern neue Kredite einzuräumen, begründet keine staatlichen Interventionen in den internationalen

-
- (1) Die starken Unterschiede zwischen den Baker-Plan-Ländern und der Vergleichsgruppe kreditwürdiger Schuldner bleiben auch dann bestehen, wenn man statt der (mit der Höhe der Verbindlichkeiten der Entwicklungsländer) gewichteten Durchschnittsangaben in Tabelle 2 ungewichtete durchschnittliche Veränderungsdaten für die beiden Ländergruppen bildet. Die in Tabelle A3 dargestellte Ergänzung widerlegt den möglichen Einwand, daß die in Tabelle 2 aufgezeigten Entwicklungen von wenigen Großschuldnern dominiert werden und damit nicht repräsentativ sind.
 - (2) Für die Baker-Plan-Länder spielte der Nachfragefaktor dagegen eine untergeordnete Rolle. Die Dringlichkeit ihres Kreditbedarfs resultierte daraus, daß sie in zunehmendem Maße allein deshalb neue Mittel benötigten, um die Zinsverpflichtungen für die alten Kredite erfüllen zu können.

Kapitaltransfer. Es handelt sich zumindest solange um eine marktgerechte Reaktion privater Kreditgeber, wie die Schuldner keine erfolgversprechenden Wirtschaftsreformen in Angriff nehmen. Dies beantwortet jedoch nicht die Frage, ob die westlichen Geschäftsbanken in Zukunft auf freiwilliger Basis bereit sein werden, die möglicherweise schwierige Übergangsperiode für die heutigen Problemländer finanziell zu überbrücken, bis eingeleitete Strukturreformen wirksam werden.

Erfahrungen, wie schnell Banken auf einen Politikwechsel der Schuldner reagieren, gibt es kaum (1). Die Glaubhaftigkeit und Konsistenz wirtschaftspolitischer Programme bestimmt maßgeblich darüber mit, wie lange es dauert, bis das Vertrauen ausländischer Kreditgeber wiederhergestellt ist. Ein Beispiel, das optimistisch stimmen könnte, bietet die Türkei. Dieses Land, das 1979 praktisch bankrott war, setzte 1980 ein Wirtschaftsprogramm in Kraft, das schon bald positive Wirkungen - etwa hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsraten - zeigte und dazu beitrug, die internationale Kreditwürdigkeit wiederzuerlangen [Gönensay, 1984; Balassa, 1985]. Dies spiegelt sich in der günstigeren Einschätzung der Kreditwürdigkeit (Kreditrating) der Türkei nach 1980 wider (Tabelle 3). Zu Beginn der achtziger Jahre am Ende der ca. 100 Länder umfassenden Skala, arbeitete sich die Türkei innerhalb von drei Jahren kontinuierlich auf Rang 60 hoch. Die Interpretation der Neukreditvergabe durch die westlichen Geschäftsbanken ist allerdings weniger eindeutig. Die Tatsache, daß die Kreditrückzahlungen in den Jahren 1981 und 1982 den Umfang an neuen Krediten überstiegen, könnte darauf hindeuten, daß die Banken zunächst zurückhaltend blieben und abwarteten, ob der wirtschaftspolitische Reformkurs von Dauer war (2). Es gibt jedoch verschiedene Anhaltspunkte dafür, daß in dieser Periode Nachfrageeffekte wirksam wurden, die den Bedarf an Kapitalimporten aus privaten Quellen erheblich drosselten. Die Leistungsbilanzdefizite waren stark rückläufig; gleichzeitig standen umfangreiche Auslandsmittel aus öffentlichen Quellen zur Verfügung [Gönensay, 1984, Tabelle VIII], die den vergleichsweise teuren Bankkrediten vorgezogen wurden.

(1) Es wurde beobachtet, daß in den letzten 20 bis 30 Jahren der Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten etwa zwei Jahre, nachdem sich die Leistungsbilanzsituation des Schuldners normalisiert hatte, wiederhergestellt war. Inzwischen hat sich gezeigt, daß eine rein leistungsbilanzorientierte Anpassung nicht ausreicht. Die früheren Erfahrungen eignen sich deshalb kaum als Grundlage für Voraussagen zur zukünftigen Reaktionsgeschwindigkeit der Banken [Morgan Guaranty Trust Company, 1985, S. 12].

(2) Diese Deutung findet sich zum Beispiel in Morgan Guaranty Trust Company [1985, S. 14].

Tabelle 3 - Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Geschäftsbanken, Leistungsbilanzdefizit und Kreditrating, Türkei 1979-1985

		1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Veränderung der Bankverbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr (Mill.US \$)	brutto	-72	353	-182	-162	217	630	745 (a)
	netto (b)	-162	119	-595	-196	60	104	1016 (a)
Leistungsbilanzdefizit (Mill.US \$)		1703	3680	2342	1192	1828	1407 (c)	1010 (d)
		März 1981	Sept. 1981	März 1982	Sept. 1982	März 1983	März 1984	Sept. 1984
Kreditrating	Indexwert (e)	13,7	n.v.	17,4	20,2	21,9	27,3	30,6
	Rang (f)	92	91	85	78	75	68	60
(a) Bis Ende Juni 1985. - (b) Korrigiert um die türkischen Guthaben bei den westlichen Geschäftsbanken. - (c) Vorläufig. - (d) Staatliche Schätzung. - (e) Bandbreite: 0-100 (optimaler Wert). - (f) Das System umfaßt ca. 100 Länder.								

Quelle: BIZ [lfd. Jgg.]; Gönensay [1984]; Institutional Investor Magazine [lfd. Jgg.].

Wegen des Mangels an umfassender und eindeutiger empirischer Evidenz hinsichtlich der Reaktion privater Finanzmärkte auf erfolgsversprechende Wirtschaftsreformen der heutigen Problemschuldner wird in der Diskussion darüber, ob staatliche Eingriffe erforderlich sind, hauptsächlich auf hypothetische Überlegungen zurückgegriffen. Diejenigen, die die im Baker-Plan vorgeschlagene Strategie für richtig halten, verweisen darauf, daß es ohne staatlichen Druck nicht zu einer gesamtwirtschaftlich effizienten Entscheidungsfindung im Bankensystem kommen könne. Dies wird mit der Vielzahl der involvierten Kreditinstitute und der Heterogenität der Interessenlagen zwischen Banken, die unterschiedlichen bankrechtlichen Vorschriften unterworfen sind, sowie zwischen Instituten mit unterschiedlich hohem Engagement in den Problemländern begründet.

Ohne Zweifel existieren vor allem für die relativ kleinen Banken Anreize zu einem Trittbrettfahrerverhalten. Sie sind in aller Regel weniger stark als die Großbanken exponiert, was ihre Forderungen gegenüber den Hauptschuldnerländern der Dritten Welt anbelangt. Unter einzelwirtschaftlichen Gesichtspunkten ist es für sie deshalb sinnvoll, aus Kreditsyndikaten auszuscheren, wenn es darum geht, weitere Mittel

für Länder bereitzustellen, die mit hohen Ausfallrisiken behaftet sind. Die kleinen Banken werden deshalb danach streben, zusätzliche Lasten für sich zu vermeiden. Sie werden versuchen, die Lasten auf diejenigen Institute abzuwälzen, die sich aufgrund ihres starken Kreditengagements nicht aus dem Syndikat zurückziehen können, ohne gleichzeitig den Zahlungsausfall des Schuldners heraufzubeschwören. Das Trittbrettfahrerverhalten der kleinen Banken bewirkt, daß sich die Großbanken (gemessen an ihren augenblicklichen Forderungsanteilen) überproportional an der Neukreditvergabe beteiligen müßten.

Die Argumentation, nur der Staat könne eine ausgewogene Lastenverteilung innerhalb des Bankensystems gewährleisten, übersieht jedoch, daß es privatwirtschaftliche Mechanismen gibt, die auf einen Interessenausgleich hinwirken [de Grauwe, Fratianni, 1984]. Koordinierungsaufgaben werden zum Beispiel von den Steuerungsausschüssen wahrgenommen, die für alle wichtigen Schuldnerländer aus den jeweils führenden Kreditinstituten gebildet worden sind. In diesen kleinen Gruppen können Sanktionen vereinbart werden, die verhindern, daß weniger stark exponierte Banken eine kostenlose Außenseiterposition einnehmen können. So können Institute, die ihren Anteil bei risikoreichen Krediten nicht übernehmen, von gewinnträchtigen Kreditsyndikaten für gute Schuldner ausgeschlossen werden. Ferner kann ihnen angedroht werden, auch in Zukunft nicht berücksichtigt zu werden, wenn heutige Problemschuldner durch wirtschaftspolitische Anpassungen wieder kreditwürdig werden sollten. Koordinierungsleistungen können zusätzlich vom Institute of International Finance erbracht werden, das von den Banken auf rein privatwirtschaftlicher Basis gegründet worden ist.

Das Subsidiaritätsprinzip gebietet es, daß der Staat sich zurückhält, wenn privatwirtschaftliche Aktivitäten effiziente Lösungen der "free rider"-Problematik gewährleisten. Dies scheint durchaus möglich zu sein. Abgesehen vom zweifelhaften Nutzen staatlicher Interventionen gilt es zudem, deren volkswirtschaftliche Kosten in das Kalkül einzubeziehen.

3. Die volkswirtschaftlichen Kosten staatlicher Interventionen

Es ist nur dann effizient, ein eventuelles Versagen der marktwirtschaftlichen Koordination von staatlicher Seite zu korrigieren, wenn der dadurch erzielte gesamt-

wirtschaftliche Nutzen nicht von den Kosten der Staatseingriffe übertroffen wird. Zwar ist es praktisch nicht möglich, diese beiden Größen zu quantifizieren, geschweige denn ihren Saldo zu bilden, wenn der Staat beschließt, die privaten Gläubigerbanken zu vermehrter Kreditvergabe zu veranlassen; es ist jedoch wichtig, sich ein Bild von den wahrscheinlichen Folgen staatlicher Interventionen auf das Verhalten von Schuldnern und Gläubigern zu machen. Die möglichen volkswirtschaftlichen Kosten der vom amerikanischen Finanzminister Baker vorgeschlagenen Strategie sind in der Diskussion bisher kaum berücksichtigt worden, obwohl sie das Urteil über diesen Plan maßgeblich beeinflussen können.

Volkswirtschaftliche Kosten drohen in mehrerer Hinsicht, wenn der Baker-Plan realisiert werden sollte:

- Eine konzertierte Aktion der öffentlichen und privaten Gläubiger könnte entsprechende Gegenbewegungen auf Schuldnerseite begünstigen und die Verschuldungsdiskussion noch stärker politisieren.
- Die widersprüchliche Politik öffentlicher Stellen in den Industrieländern gegenüber den Geschäftsbanken beschwört weitere Verschuldungsfälle in der Dritten Welt geradezu herauf.
- Eine Sozialisierung privatwirtschaftlicher Verluste aus Kreditausfällen scheint kaum noch abwendbar; dies wirft erhebliche "moral hazard"-Probleme auf.

Bisher sahen sich die Schuldnerländer einem privatwirtschaftlichen Kartell der Gläubigerbanken gegenüber, dem es trotz der Interessenunterschiede zwischen verschiedenen Bankgruppen recht gut gelang, eine koordinierte Haltung gegenüber den Forderungen der Schuldner einzunehmen [vgl. ähnlich Folkerts-Landau 1985, S. 318 u. 327; Feinberg, 1984, S. 9]. Der Baker-Plan erweitert dieses Kartell um die multilateralen Entwicklungshilfeorganisationen, vor allem um die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken. Indirekt würden auch die nationalen Regierungen der Gläubigerländer wegen ihrer Einflußnahme auf die Geschäftspolitik der privaten Banken dazugehören. Auch im finanzwirtschaftlichen Bereich gilt: der Forderung nach Stärkung der Marktkräfte in den Entwicklungsländern steht die zunehmende Ausschaltung marktwirtschaftlicher Prinzipien auf Gläubigerseite gegenüber.

Es zeichnet sich ab, daß staatliche Stellen die Führung in diesem "Superkartell" übernehmen. Schon bevor die privaten Banken ihre Beteiligung am Baker-Plan

endgültig zugesichert und sich über die interne Quotenverteilung bei Neukrediten geeinigt haben, erkunden US-Regierungsvertreter laut Presseberichten [vgl. z.B. Financial Times vom 26.11.1985], welche Schuldner sich vorrangig für Kredite aus dem Baker-Programm eignen. Die westlichen Geschäftsbanken dürften ihr Verhalten bei der Vergabe zusätzlicher Mittel hauptsächlich von einer entsprechenden Vorentscheidung der Weltbank abhängig machen. Die Entscheidungsfindung wird damit faktisch zentralisiert. Dies beschwört die Gefahr weitreichender Fehlerurteile herauf, da es unrealistisch wäre anzunehmen, daß die Weltbank durchweg bessere Entscheidungsgrundlagen besitzt als private Kreditgeber, die sich etwa über das International Institute of Finance Informationen über die Kreditwürdigkeit eines Landes beschaffen könnten. Wenn sich die Geschäftsbanken an einer zentralen öffentlichen Instanz wie der Weltbank orientieren, entfällt der interne Korrekturmechanismus, der bei einer Vielzahl voneinander unabhängiger, konkurrierender Einzelentscheidungen die volkswirtschaftlichen Kosten von Fehlerurteilen begrenzt.

Die zunehmende Kartellierung auf der Gläubigerseite könnte entsprechende Bewegungen auf der Gegenseite provozieren. Die Schuldnerländer haben schon in der Vergangenheit beklagt, daß sie einem übermächtigen, koordiniert handelnden westlichen Finanzsystem ausgeliefert seien. Unterschiedliche Interessenlagen verhinderten es jedoch bisher, daß gemeinsame Gegenpositionen bezogen oder sogar ein Schuldnerkartell gebildet wurde. Dadurch, daß staatliche Instanzen auf der Seite der Kreditgeber einbezogen werden, wird die Politisierung der Diskussion über mögliche Lösungen von Verschuldungsproblemen gefördert und den Entwicklungsländern wird es erleichtert, sich auf politische Maximalforderungen zu einigen [vgl. auch Cohen, 1984]. Die langjährigen Erfahrungen im sogenannten Nord-Süd-Dialog haben (z.B. im Bereich der Rohstoffpolitik) erwiesen, daß die Entwicklungsländer auf diesem Wege schrittweise Konzessionen der Industrieländer erreichen können, die auf wirtschaftlich ineffiziente Problemlösungen hinauslaufen. Im Bereich der Verschuldungsproblematik ist zum Beispiel zu befürchten, daß die Regierungen der Gläubigerstaaten bereit sind, Zinssenkungen gegenüber den vorherrschenden Marktraten administrativ zu vereinbaren. Dies wäre eher schädlich als hilfreich: Für die Industrieländer ließe der Druck nach, durch die Korrektur wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen Voraussetzungen für marktgerechte Zinssenkungen zu schaffen. Die privaten Banken würden den Schuldnern noch weniger Kapital auf freiwilliger Basis bereitstellen.

Bei künstlich reduzierten Zinssätzen müßten staatliche Stellen den Druck auf private Kreditgeber noch verstärken, um das gewünschte Ausmaß an Neukrediten zu erreichen. Hiermit würde die schon jetzt zu beobachtende Inkonsistenz der Politik der Gläubigerregierungen gegenüber den Geschäftsbanken verschärft [Schulmann, 1985]. Während der Baker-Plan die Banken zur Neukreditvergabe an die 15 wichtigsten Problemschuldner auffordert, mahnt die Expert Group on Banking der OECD zu vorsichtiger Kreditgewährung [OECD, 1985]. Noch widersprüchlicher ist es, wenn parallel zur Baker-Initiative andere staatliche Stellen wie die Bankaufsichtsbehörden der Gläubigerländer Vorbehalte gegenüber einem ausgeweiteten Bankenengagement in der Dritten Welt äußern, erhöhte Eigenkapital/Kredit-Relationen fordern und Konzessionen bei der Behandlung von Problemkrediten ablehnen.

Vor diesem Hintergrund ist es wahrscheinlich, daß es zumindest teilweise auf Kosten der weiterhin kreditwürdigen Schuldner geht, wenn die Geschäftsbanken in den Baker-Plan einwilligen. Die Begünstigung der Länder mit Verschuldungsproblemen droht die Verfügbarkeit von Kapital für die guten Risiken zu beschränken. Die Fehlallokation von Krediten kann unmittelbar zu neuen Problemfällen führen, wenn fest einkalkulierte Finanzierungen für eigentlich kreditwürdige Schuldner plötzlich und unerwartet in merklicher Höhe ausfallen. Neue Problemfälle können ferner dadurch hervorgerufen werden, daß die Schuldner sich an die veränderten ökonomischen Anreizstrukturen anpassen. Wenn gute gegenüber schlechten Risiken diskriminiert und die erfolgreichen Bemühungen der zahlungsfähigen Schuldner, kreditwürdig zu bleiben, bestraft werden, macht es für diese Länder nur noch wenig Sinn, in ihren Anstrengungen fortzufahren. Um ebenfalls in den Genuß von Vergünstigungen zu kommen, wäre es vielmehr sinnvoll, sich mit einer ineffizienten Politik für diese zu "qualifizieren" (moral hazard). Es besteht folglich die Gefahr, daß die Baker-Initiative zusätzliche Verschuldungsprobleme heraufbeschwört.

Ein "moral hazard"-Verhalten droht nicht nur auf der Seite der Schuldnerländer, sondern auch seitens der privaten Kreditgeber. Wenn der Staat heute die Gläubigerbanken zu neuen Engagements drängt, die diese wegen hoher Risiken sonst nicht eingehen würden, ist es später kaum möglich, staatliche Hilfe auszuschlagen, falls Institute wegen dieser problematischen Engagements in Schwierigkeiten geraten. Privatwirtschaftliche Verluste aus Kreditausfällen müßten dann vom Staat übernommen, d.h. sozialisiert werden. Zwar geht es zunächst nur um die Verteilung zukünftiger Risiken; Ausweitungen in dem Sinne, daß auch früher eingegangene Risiken sozialisiert werden, sind aber nicht auszuschließen. Dies wird deut-

lich, wenn man die Bedingungen betrachtet, an die die Geschäftsbanken ihre Zustimmung zum Baker-Plan knüpfen. Die Forderungen laufen auf eine weitere Stärkung der Rolle des Staates hinaus [Schulmann, 1985]:

- Die Regierungen der Gläubigerstaaten sollen vermehrt Kreditgarantien abgeben. Insbesondere die offiziellen Exportkreditversicherer sollen mehr Risiken übernehmen, statt - wie derzeit - ihre Deckungspolitik einzuschränken.
- Von den Bankaufsichtsbehörden wird verlangt, großzügigere Maßstäbe bei der bilanziellen Behandlung und Einstufung von Problemkrediten anzulegen. Die Bankaufseher dürften ihrer Prüfung nicht nur die Liquidität und Solvenz einzelner Institute zugrunde legen, sondern müßten auch gesamt- und weltwirtschaftliche Aspekte einbeziehen.
- Eine bessere Risikovorsorge der Geschäftsbanken soll durch steuerliche Erleichterungen begünstigt werden, wo dies noch nicht der Fall ist.

Insbesondere die zuletzt genannten Forderungen sind geeignet, neben den Risiken aus neuen Krediten auch Verluste aus alten Krediten der Gemeinschaft der Steuerzahler in den Industrieländern aufzubürden. Eine derartige Sozialisierung privatwirtschaftlicher Risiken hat erhebliche Nachteile, wenn es darum geht, die Kreditbeziehungen zwischen Geschäftsbanken und Entwicklungsländern langfristig auf eine solide Basis zu stellen. Zwar mag man auf diese Weise die augenblickliche Zurückhaltung der privaten Kreditgeber überwinden, weitere Mittel bereitzustellen. Es werden jedoch die Anreize für die Banken geschwächt, nur dann Kredite zu gewähren, wenn Wirtschaftlichkeits- und Risikoüberlegungen erwarten lassen, daß keine Schuldendienstprobleme auftreten werden. Dies beschwört die Gefahr herauf, daß wie schon in den siebziger Jahren eine unvorsichtige Kreditpolitik betrieben wird und unter ökonomischen Effizienzgesichtspunkten zu viele Kredite vergeben werden. Neue Verschuldungskrisen sind dann wahrscheinlich.

4. Zur verstärkten Kreditvergabe multilateraler Entwicklungshilfeinstitutionen

Die "moral hazard"-Problematik auf Seiten der westlichen Geschäftsbanken wird in besonderem Maße akut, wenn, wie geplant, verstärkt Ko-Finanzierungen zwischen privaten und öffentlichen Kreditgebern zustande kommen und die privaten Kreditanteile öffentlich garantiert werden. Vor allem der Weltbank wird in diesem Zusam-

menhang eine Katalysatorfunktion zugeordnet [vgl. z.B. Tietmeyer, 1985; zu verschiedenen Kooperationsformen vgl. Karsten, 1984, S. 149 ff.]. Das Risiko würde dann voll zu Lasten der multilateralen Entwicklungshilfeinstitutionen gehen. Den Geschäftsbanken böte sich die Gelegenheit, risikoreiche Schuldner (Entwicklungsländer) indirekt gegen nahezu risikolose Adressen (die Weltbank o.ä.) einzutauschen.

Den drohenden sozialen Kosten stünde vermutlich ein allenfalls geringer Nutzen gegenüber. Es ist höchst zweifelhaft, ob vermehrte Ko-Finanzierungen ihr erklärtes Ziel erreichen würden, nämlich den Entwicklungsländern mehr Kapital zuzuführen. Es sind erhebliche Substitutionseffekte zu erwarten. So dürfte die Beteiligung der Geschäftsbanken an Ko-Finanzierungen in starkem Maße zu Lasten ihrer sonstigen kommerziellen Kredite an Entwicklungsländer gehen.

Höchst problematische Substitutionseffekte drohen nicht nur zwischen verschiedenen Formen der privaten Kreditvergabe, sondern auch im Bereich der multilateralen Entwicklungshilfe. Das erkennbare Bestreben der Weltbank, sich stärker als früher bei der Bewältigung akuter Verschuldungsprobleme zu engagieren, erhält durch die Baker-Initiative Rückendeckung. Die Folge wird sein, daß sich die Vergabe von Entwicklungshilfekrediten zuungunsten solcher Empfänger verschiebt, die Schwierigkeiten bei der Bedienung ihrer Auslandsschulden bislang vermeiden konnten. Dies gilt insbesondere dann, wenn die insgesamt verfügbaren Mittel der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken nicht oder nur geringfügig aufgestockt werden. Eine relative Diskriminierung der weiterhin kreditwürdigen Länder tritt aber selbst dann ein, wenn das Kreditpotential merklich ausgeweitet wird, die zusätzlichen Spielräume jedoch vorwiegend für Maßnahmen zugunsten der Baker-Plan-Länder genutzt werden.

Die nachteiligen Effekte, die daraus resultieren, daß Kreditnehmer mit erfolgreicher Wirtschaftspolitik indirekt bestraft werden, sind bereits oben analysiert worden. Im Falle der staatlichen Entwicklungshilfe kommt erschwerend hinzu, daß es sich bei den Baker-Plan-Ländern überwiegend nicht um Staaten handelt, die traditionell sehr stark auf Kapitalimporte aus öffentlichen Quellen angewiesen sind (1). Länder mit mittlerem oder sogar höherem Pro-Kopf-Einkommen zu begünstigen,

(1) So umfaßt die Liste der 15 Länder beispielsweise nur drei afrikanische Staaten (Elfenbeinküste, Marokko, Nigeria), die in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zudem schon relativ fortgeschritten sind.

hieße, das vorrangige Ziel von Entwicklungshilfe aufzugeben, nach dem verbilligte öffentliche Leistungen in wenig entwickelten Staaten der Dritten Welt Anstöße für wirtschaftlichen Fortschritt geben sollen. Insbesondere die ärmsten Entwicklungsländer, etwa in Afrika, müssen deshalb befürchten, daß der Baker-Plan für sie die Schwierigkeiten verschärft, in ausreichendem Maße Kapitalzufuhren zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß das Streben der Weltbank nach einer zentralen Rolle bei der Lösung akuter Schuldenkrisen nicht vorrangig auf ökonomischen Effizienzüberlegungen beruht. Es dürfte sich vielmehr um den Versuch handeln, das Ansehen und den Einfluß dieser Institution zu stärken. Diese Deutung wird durch Untersuchungen nahegelegt, die zeigen, daß die Kreditvergabe der Weltbank das Ergebnis eines den Eigennutzen verfolgenden Verhaltens ihrer Entscheidungsträger ist [Frey, Schneider, 1984]. Zusätzliche Plausibilität gewinnt diese Auffassung, wenn man bedenkt, daß der IWF durch das publikumswirksame Krisenmanagement vielerorts an Reputation gewonnen hat, während die Weltbank in den Hintergrund geriet. Aus ökonomischer Sicht besteht jedoch kein Anlaß, angesichts der Probleme hochverschuldeter Entwicklungsländer, ihre Auslandsverbindlichkeiten zu bedienen, die Politik aller wichtigen Instanzen im Ressourcentransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern auf die Behebung derartiger Schwierigkeiten hin neu auszurichten. Es ist zu befürchten, daß auf diese Weise alte Löcher gestopft, dabei jedoch neue aufgerissen werden.

IV. Gibt es keine Alternative zum Baker-Plan?

Die Initiative des amerikanischen Finanzministers Baker zielt darauf ab, die Rolle staatlicher Stellen in den Industrieländern bei der Lösung von Verschuldungsproblemen in einer Reihe hochverschuldeter Entwicklungsländer zu verstärken. Der Widerspruch dieses Plans besteht darin, daß im Kontext der internationalen Schuldenkrise eine Therapie empfohlen wird, die sich im nationalen Rahmen nach verbreiteter Auffassung (nicht zuletzt nach Meinung der wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in den Vereinigten Staaten) in der Vergangenheit als unwirksam oder sogar schädlich erwiesen hat. Es konnte gezeigt werden, daß Skepsis gegenüber der Effizienz umfassender staatlicher Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen

angebracht ist, wenn es gilt, die internationale Kreditwürdigkeit der heutigen Problemschuldner dauerhaft wiederherzustellen, ohne neue Problemfälle heraufzubeschwören.

Jedes der drei zentralen Elemente des Baker-Plans wirft erhebliche Probleme auf und droht soziale Kosten zu verursachen, die den volkswirtschaftlichen Nutzen der angeregten Maßnahmen überschreiten:

- Die Forderung nach einer wirksamen Korrektur wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen in den Schuldnerländern ist zwar richtig und unabweisbar; schon heute deutet jedoch einiges darauf hin, daß diese zentrale Voraussetzung für eine langfristige Überwindung von Schuldendienstproblemen bei der praktischen Durchführung des Baker-Plans vernachlässigt wird. Überdies fehlt es an einer glaubhaften Zusicherung der Gläubigerstaaten, daß sie helfen, die Transferprobleme der Entwicklungsländer durch eigene Strukturreformen zu lindern.
- Der staatliche Druck auf die westlichen Geschäftsbanken, vermehrt Kredite für die wichtigsten Problemschuldner bereitzustellen, schwächt die Eigenverantwortlichkeit im Bankensektor, öffnet einer Sozialisierung privater Risiken und Verluste Tür und Tor und diskriminiert jene Schuldnerländer, die sich bisher erfolgreich bemüht haben, ihre Auslandsverbindlichkeiten termingerecht zu bedienen.
- Eine ausgeweitete Kreditvergabe multilateraler Entwicklungshilfeinstitutionen an die 15 Problemschuldner verursacht ebenfalls schwerwiegende "moral hazard"-Probleme und droht die traditionell stark auf öffentliche Kapitalzufuhren angewiesenen besonders armen Entwicklungsländer zu benachteiligen.

Wenn der Baker-Plan dennoch von vielen gutgeheißen wird, so deshalb, weil man meint, daß es keine Alternative zu der vom amerikanischen Finanzminister vorgeschlagenen Strategie gebe. Mögliche Kosten müßten in Kauf genommen werden, da ohne staatliches Eingreifen der Industrieländer in den internationalen Kapitaltransfer das weltweite Finanz- und Handelssystem in Gefahr sei. Es wird befürchtet, daß die Finanzierungslücken der Hauptschuldnerländer ohne den Baker-Plan nicht geschlossen und Altkredite folglich nicht bedient werden können. Verbreitete Zahlungsausfälle in den Entwicklungsländern würden die stark exponierten westlichen Geschäftsbanken, die teilweise ein Mehrfaches ihres haftenden Eigenkapitals an Krediten an nur wenige Problemschuldner vergeben haben, in schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten stürzen. Bankzusammenbrüche und ein Sturm der Bankeinle-

ger auf die Finanzinstitute, um Guthaben noch rechtzeitig abzuziehen, werden nicht ausgeschlossen. Eine derartige Finanzkrise würde schnell auf die realwirtschaftliche Seite übergreifen und allgemeinen Depressionstendenzen Auftrieb geben. Die engen Verflechtungen innerhalb der westlichen Volkswirtschaften sowie zwischen den einzelnen Industrieländern würden Produktion und Beschäftigung auf breiter Front einbrechen und den Welthandel schrumpfen lassen. Eine Weltwirtschaftskrise wie in den dreißiger Jahren könne dann kaum noch verhindert werden.

Gegen diese Darstellung eines Krisenszenariums spricht jedoch zweierlei. Zum einen dürften die Gefahren, die aus der internationalen Verschuldung der Entwicklungsländer für das weltweite Finanz- und Wirtschaftssystem drohen, geringer als befürchtet sein. Seit 1982, als schon einmal Krisenangst vorherrschte, hat sich die Lage entspannt. Die westlichen Geschäftsbanken sind weniger anfällig gegenüber Kreditausfällen als noch vor drei Jahren [Morgan Guaranty Trust Company, 1985, S. 4]. Insbesondere von den deutschen Banken ist bekannt, daß Problemkredite bereits weitgehend abgeschrieben sind. Aber auch die Institute anderer Kreditgeberländer haben ihre Rücklagen für mögliche Zahlungsausfälle merklich aufgestockt und ihre Kapitalbasis erheblich verbreitert. Die neun größten amerikanischen Banken, die als besonders gefährdet angesehen werden, konnten das Verhältnis zwischen ihren Kreditforderungen an die Entwicklungsländer und ihrem Eigenkapital vom Höchststand von fast 290 vH im Jahre 1982 bis zum März 1985 auf gut 210 vH zurückführen. Die Quote erreichte damit den niedrigsten Wert seit 1977. Bei den lateinamerikanischen Forderungen sank die Quote im gleichen Zeitraum von 181 vH auf 139 vH.

Zum zweiten besteht für das im Baker-Plan deutlich werdende Mißtrauen gegenüber Ansätzen, die die Schuldenkrise ohne vermehrte staatliche Interventionen der Geberländer lösen wollen, wenig Anlaß. Die Rollenverteilung einer erfolgversprechenden umfassenden Strategie, um bestehende Zahlungsprobleme zu überwinden und neue Krisen zu verhindern, läßt sich folgendermaßen skizzieren: Von größter Bedeutung ist, daß die heutigen Problemschuldner ihre internationale Kreditwürdigkeit wiedererlangen. Sie müssen deshalb ohne weitere Verzögerung eine konsistente und Vertrauen schaffende Wirtschaftsreform in Kraft setzen. Wichtig ist es, Diskriminierungen weltmarktorientierter Aktivitäten gegenüber rein binnenmarktorientierten Produktionen abzubauen, Überbewertungen der heimischen Währung durch eine flexiblere Wechselkurspolitik zu vermeiden, ausländische Direktinvestitionen

nicht abzuschrecken, Inflationsmentalitäten zu brechen, administrativ verursachte Verzerrungen der relativen Preise zu korrigieren, die Funktionsfähigkeit der heimischen Kapitalmärkte durch finanzielle Liberalisierung zu verbessern und unproduktive Staatsaktivitäten zurückzuschneiden [vgl. ausführlich Hiemenz, 1985; Nunnenkamp, 1985a]. Diese allgemeinen Richtlinien müssen konkretisiert und an die besonderen Bedingungen in den einzelnen Schuldnerländern angepaßt werden [zum Beispiel Argentinien vgl. Donges, 1985]. Hierzu gehört es auch, einen effizienten Anpassungs- und Liberalisierungsfahrplan zu entwickeln.

Die zentrale Aufgabe der Gläubigerstaaten besteht darin, die Erfolgsaussichten von Wirtschaftsreformen in den Schuldnerländern zu erhöhen. Vorrangig sind glaubhafte Schritte zu einem Abbau des Protektionismus zu unternehmen, um die Transferprobleme der Entwicklungsländer zu entschärfen. Der internationale Handel muß liberalisiert und Subventionen für nicht mehr wettbewerbsfähige Produktionszweige in den Industrieländern müssen abgeschafft werden. Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schuldnerländer können ferner dadurch verbessert werden, daß die Industriestaaten die Voraussetzungen für ein stärkeres gesamtwirtschaftliches Wachstum ihrer Volkswirtschaften schaffen und zu einer marktgerechten Senkung der weiterhin hohen internationalen Zinssätze beitragen.

Wenn Gläubiger- und Schuldnerländer erfolgversprechende Anpassungsmaßnahmen ergreifen, besteht begründete Aussicht, daß auch die westlichen Geschäftsbanken ihre Rolle bei der Lösung von Verschuldungsproblemen spielen. Sie müssen solchen Ländern, für die gute Chancen einer mittelfristigen Besserung der wirtschaftlichen Lage existieren, zusätzliche Kredite einräumen, damit schwierige Überbrückungsphasen überwunden werden können. Dies muß auf eigenes Risiko der Banken geschehen, um die aus einer Sozialisierung privatwirtschaftlicher Risiken resultierenden Kosten zu vermeiden. Ohne Zweifel wird es für die privaten Kreditgeber in näherer Zukunft schwierig bleiben zu entscheiden, wo eine weitere Kreditvergabe sinnvoll ist und wo nicht. Die Fähigkeit und Bereitschaft der Geschäftsbanken, gute von schlechten Risiken zu unterscheiden, sollten aber nicht unterschätzt werden. In den vergangenen Jahren findet sich kaum Evidenz für eine undifferenzierte Einschränkung der privaten Kreditvergabe an Problemschuldner und weiterhin zahlungsfähige Entwicklungsländer.

Eine öffentliche Übernahme privatwirtschaftlicher Risiken und Verluste aus der Kreditvergabe an Entwicklungsländer ist auch nicht mit dem Argument zu rechtfertigen.

tigen, es sei Aufgabe des Staates, größeren Bankzusammenbrüchen vorzubeugen und eine daraus resultierende Finanz- und Wirtschaftskrise zu verhindern. Die Stabilität des internationalen Finanzsystems muß gesichert werden, ohne daß private Vermögensrisiken von Bankeignern und -aktionären auf die Allgemeinheit der Steuerzahler verlagert und damit Anreize für eine unvorsichtige, die Risiken mißachtende Geschäftspolitik der Banken gegeben werden. Dies ist durchaus möglich. Einem allgemeinen Sturm auf das Bankensystem in Zeiten finanzieller Spannungen wird bereits durch die weit verbreiteten Einlagenversicherungen entgegengewirkt. In den meisten dieser Systeme werden zumindest die Guthaben aller kleinen Bank-einleger staatlich garantiert, so daß für die Mehrheit der Bankeinleger kein Grund für panikartige Abhebungen besteht. Für Bankgläubiger mit umfangreichen Einlagen existiert allerdings nur ein eingeschränkter Schutz (1). Dennoch ist selbst für diese Gruppe vermutet worden, daß Panikreaktionen weitgehend ausbleiben werden: "Withdrawals by large creditors do not have the precipitate and lemming-like quality of runs by the general public. They tend to occur gradually over time as deposits mature" [Guttentag, Herring, 1982, S. 106]. Ferner sind staatliche Sicherungsnetze denkbar, die Finanzkrisen vermeiden, ohne daß private Vermögensrisiken der Bankteilhaber sozialisiert werden [vgl. ausführlich Vaubel, 1984]. Die Zentralbanken der Schuldnerländer müssen verbindlich und im voraus ankündigen, daß sie einer allgemeinen Liquiditätsknappheit und daraus drohenden negativen Folgen für Produktion, Beschäftigung und internationalen Handel entgegenwirken würden. Im Krisenfall müßte die monetäre Expansion durch Offenmarktoperationen und ähnliche Instrumente der Geldpolitik aufrechterhalten werden.

Was die Kreditvergabe der multilateralen Entwicklungshilfeinstitutionen anbelangt, so sollten insbesondere die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken ihren traditionellen Schwerpunkt einer längerfristigen Entwicklungsfinanzierung beibehalten. Dies schließt nicht aus, daß in Zukunft bei der Finanzierung einzelner Projekte neben deren spezifischer Evaluierung die allgemeine Kreditwürdigkeit des Empfängers stärker als bisher berücksichtigt wird. Auf diese Weise ließe sich die Gefahr reduzieren, daß erfolgversprechende Projekte wegen eines unzureichenden wirtschaftspolitischen Umfeldes scheitern. Im Rahmen der Verschuldungsproblematik sollten sich Organisationen wie die Weltbank, aber auch der Internationale Währungsfonds, weitgehend darauf beschränken, auf Wunsch der beteiligten Parteien

(1) In den Vereinigten Staaten, wo die Grenze für vollen Versicherungsschutz bei 100 000 US \$ liegt, betrifft dies etwa ein Viertel aller heimischen Depositen.

als Berater tätig zu werden. Dies betrifft zum einen das Angebot, Entwicklungsländern dabei zu helfen, wirtschaftspolitische Reformprogramme zu entwerfen und Durchführungsfahrpläne aufzustellen. Zum anderen können die Dienstleistungen insbesondere des IWF die Sammlung von Informationen umfassen, die potentiellen Kreditgebern auf Anfrage bereitgestellt werden.

Tabelle A1 - Verbindlichkeiten ausgewählter Entwicklungsländer gegenüber den westlichen Geschäftsbanken, Juni 1979 - Juni 1985 (Mill. US \$)

	Juni 1979	Juni 1980	Dezember 1980	Juni 1981	Juni 1982	Juni 1983	Dezember 1983 (a)		Juni 1984	Juni 1985
							I	II		
Argentinien	9367	16089	18942	21287	22921	22983	23244	27377	26645	26587
Bolivien	771	857	817	788	648	634	542	740	709	677
Brasilien	33855	39476	43320	44118	52268	57145	57389	71162	75650	77224
Chile	3327	5062	6662	7850	10616	9847	10877	13049	13149	13409
Ecuador	2661	3158	3599	3678	4277	4032	4151	5086	4939	4990
Elfenbeinküste	1476	2252	2688	2555	2625	2754	2656	3063	2957	2640
Jugoslawien	6282	8498	9633	9587	9243	9075	9148	9901	9853	9857
Kolumbien	2583	3628	4261	4247	4926	5862	5886	7554	7172	6817
Marokko	2347	2897	2997	2887	3293	3506	3554	4410	4384	4512
Mexiko	25998	34629	41031	44969	61853	60622	62819	71955	73380	71552
Nigeria	2081	2766	3358	3677	5421	7840	8088	9272	8910	8424
Peru	3196	3368	3892	2865	5070	5208	4909	6478	6494	5485
Philippinen	4651	6085	6977	6547	8041	8895	8049	13697	13204	13107
Uruguay	262	491	578	595	1003	1420	1537	1934	1860	1975
Venezuela	14835	18721	21314	20970	22523	22187	21955	28258	26380	24951
15 Baker-Plan-Länder insgesamt (b)	113692 (53839)	147977 (73872)	170069 (85718)	176620 (87533)	214728 (100607)	222010 (104243)	224804 (104596)	273936 (130819)	275686 (126656)	272207 (123431)
Indonesien	4362	4169	4280	3930	4947	6565	7364	13704	14589	14209
Malaysia	1532	1959	2286	2319	3806	5476	6021	11405	11334	11077
Südkorea	8619	12636	14001	15584	16638	18621	19239	29244	29610	32386
Thailand	2920	3056	3179	3094	2826	3224	4005	6777	7373	7083
4 Vergleichsländer insgesamt	17433	21820	23746	24927	28217	33886	36629	61130	62906	64755

(a) Durch Umstellung des Berichtsystems der BIZ ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen zwischen der alten (I) und der neuen (II) Zahlenreihe; zu detaillierten Informationen vgl. die Quelle. - (b) In Klammern: ohne Brasilien und Mexiko.

Quelle: BIZ [lfd. Jgg].

Tabelle A2 - Guthaben ausgewählter Entwicklungsländer bei den westlichen Geschäftsbanken, Juni 1979 - Juni 1985
(Mill. US \$)

	Juni 1979	Juni 1980	Dezember 1980	Juni 1981	Juni 1982	Juni 1983	Dezember 1983-(a)		Juni 1984	Juni 1985
							I	II		
Argentinien	6750	6961	6605	5576	4433	6144	5881	8643	8216	8704
Bolivien	160	179	222	161	191	205	201	251	236	224
Brasilien	9511	4667	4719	4156	4426	4662	5090	11364	14358	17240
Chile	1772	3011	3372	3497	3438	2166	3136	3676	3585	2972
Ecuador	583	900	857	884	841	830	1314	1651	1565	1701
Elfenbeinküste	662	896	686	599	693	598	607	633	637	983
Jugoslawien	2099	1819	2698	2205	1996	1908	1970	2101	2273	2442
Kolumbien	2434	2928	2956	3024	3489	2987	2570	3631	2848	3470
Marokko	970	737	710	501	697	480	576	786	763	723
Mexiko	6571	8486	9454	9125	12555	12611	15018	18032	20874	21605
Nigeria	882	3783	5571	3768	1534	1339	1360	1449	1461	1657
Peru	1025	1718	2053	1079	1976	2023	2015	2462	2727	2594
Philippinen	2442	3086	3486	2970	3149	2746	2650	2383	2349	2770
Uruguay	826	915	997	1359	1308	1531	1802	2135	2134	2372
Venezuela	9271	14701	15780	18641	16012	12526	12874	17079	17594	20173
15 Baker-Plan-Länder insgesamt (b)	45958 (29876)	54787 (41634)	60166 (45993)	57545 (44264)	56738 (39757)	52756 (35483)	57064 (36956)	76276 (46880)	81620 (46388)	89630 (50785)
Indonesien	3089	6081	6698	6035	5513	4336	5538	4489	5624	5890
Malaysia	2561	3600	3627	3313	3320	3747	3589	4157	3719	3770
Südkorea	2475	2459	3262	2493	2896	2943	3230	4903	4732	5157
Thailand	1595	1858	1059	1384	1646	1708	1612	1642	1852	2066
4 Vergleichsländer insgesamt	9720	13998	14646	13225	13375	12734	13969	15191	15927	16883

(a) Durch Umstellung des Berichtsystems der BIZ ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen zwischen der alten (I) und der neuen (II) Zahlenreihe; zu detaillierten Informationen vgl. die Quelle. - (b) In Klammern: ohne Brasilien und Mexiko.

Quelle: BIZ [Ifd. Jgg.].

Tabelle A3 - Veränderungsraten der Verbindlichkeiten ausgewählter Entwicklungsländer gegenüber den westlichen Geschäftsbanken(a), Juni 1979 - Juni 1985 (vH)

	Bruttoverbindlichkeiten				Nettoverbindlichkeiten (b)			
	Juni 1979- Dez. 1980	Dez. 1980- Juni 1982	Juni 1982- Dez. 1983 (I) (c)	Dez.1983 (II) (c) - Juni 1985	Juni 1979- Dez. 1980	Dez.1980- Juni 1982	Juni 1982- Dez. 1983 (I) (c)	Dez. 1983 (II) (c) - Juni 1985
Argentinien	102,2	21,0	1,4	-2,9	371,4	49,9	-6,1	-4,5
Bolivien	6,0	-20,7	-16,4	-8,5	-2,6	-23,2	-25,4	-7,4
Brasilien	28,0	20,7	9,8	8,5	58,6	23,9	9,3	0,3
Chile	100,2	59,4	2,5	2,8	111,6	118,2	7,8	11,4
Ecuador	35,2	18,8	-2,9	-1,9	32,0	25,3	-17,4	-4,3
Elfenbeinküste	82,1	-2,3	1,2	-13,8	145,9	-3,5	6,1	-31,8
Jugoslawien	53,3	-4,0	-1,0	-0,4	65,8	4,5	-1,0	-4,9
Kolumbien	65,0	15,6	19,5	-9,8	(775,8)	10,1	130,8	-14,7
Marokko	27,7	9,9	7,9	2,3	66,1	13,5	14,7	4,6
Mexiko	57,8	50,7	1,6	-0,6	62,5	56,1	-3,0	-7,4
Nigeria	61,4	61,4	49,2	-9,1	-	-	73,1	-13,5
Peru	21,8	30,3	-3,2	-15,3	-15,3	68,2	-6,5	-28,0
Philippinen	50,0	15,3	0,1	-4,3	58,0	40,1	10,4	-8,6
Uruguay	120,6	73,5	53,2	2,1	-	-	-	-
Venezuela	43,7	5,7	-2,5	-11,7	-0,5	17,7	39,5	-57,3
15 Baker-Plan-Länder insgesamt (d,e)	57,0 (59,2)	23,7 (21,8)	8,0 (8,4)	-4,2 (-5,4)	79,5 (83,2)	30,8 (29,2)	16,6 (18,8)	-11,9 (-13,2)
Indonesien	-1,9	15,6	48,9	3,7	-	-	-	-9,7
Malaysia	49,2	66,5	58,2	-2,9	-	-	(400,4)	1,0
Südkorea	62,4	18,8	15,6	10,7	74,8	28,0	16,5	11,9
Thailand	8,9	-11,1	41,7	4,5	60,0	-44,3	102,8	-2,3
4 Vergleichsländer insgesamt (d)	29,7	22,5	41,1	4,0	(67,4) (f)	(-8,2) (f)	(59,7) (f)	0,2

(a) Die Veränderungsraten für einzelne Schuldnerländer werden in Klammern gesetzt und gehen nicht in die Durchschnittsrechnung ein, wenn sie aufgrund niedriger Ausgangswerte (unter 500 Mill. US \$) nicht aussagefähig sind. Im Falle der Nettoverbindlichkeiten können keine Veränderungsraten berechnet werden, wenn die Guthaben des Schuldners seine (Brutto-)Verbindlichkeiten überschreiten (" - "). - (b) Bruttoverbindlichkeiten gegenüber den westlichen Geschäftsbanken (Tabelle A1) minus Guthaben der Entwicklungsländer bei diesen Banken (Tabelle A2). - (c) Durch Umstellung des Berichtsystems der BIZ ergeben sich teilweise erhebliche Abweichungen im Bestand an Verbindlichkeiten und Guthaben zwischen der (im Dezember 1983 endenden) alten Zahlenreihe (I) und der (im Dezember 1983 beginnenden) neuen Zahlenreihe (II). - (d) Ungewichtete Durchschnitte. - (e) In Klammern: ohne Brasilien und Mexiko. - (f) Durchschnittswerte nicht aussagekräftig, da bei der Berechnung lediglich zwei Länder berücksichtigt werden können.

Quelle: Tabellen A1 und A2.

Literaturverzeichnis

- AMERICAN EXPRESS BANK (AMEX), "LDC Debt: Into a New Phase". The AMEX Bank Review, Vol. 12, 1985, No. 10, S. 5-7.
- BALASSA, Bela, "Adjustment Policies in Developing Countries: A Reassessment". World Development, Vol. 12, 1984, S. 955-972.
- , "Developing Country Debt: Policies and Prospects". In: Herbert GIERSCHE (Ed.), The International Debt Problem - Lessons for the Future. Symposium 1985. In Vorbereitung.
- BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS AUSGLEICH (BIZ), Das internationale Bankgeschäft. Basel, 14. Jgg.
- BLESSING, Werner, Die Rolle der privaten Geschäftsbanken. Referat gehalten beim Malenter Symposium V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.
- COHEN, Benjamin J., "High Finance, High Politics". In: Richard E. FEINBERG, Valeriana KALLAB (Eds.), Uncertain Future: Commercial Banks and the Third World. Overseas Development Council, U.S.-Third World Policy Perspectives, No. 2, Transaction Books, New Brunswick 1984, S. 107-124.
- DONGES, Juergen B., Kann die argentinische Wirtschaft gesunden? Vorschläge zur Überwindung einer Krise. Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 110, Juni 1985.
- FEINBERG, Richard E., "Overview: Restoring Confidence in International Credit Markets". In: Richard E. FEINBERG, Valeriana KALLAB (Eds.), Uncertain Future: Commercial Banks and the Third World. Overseas Development Council, U.S.-Third World Policy Perspectives, No. 2, Transaction Books, New Brunswick 1984, S. 3-20.
- FISCHER, Bernhard, Ulrich HIEMENZ, Peter TRAPP, Economic Crisis in Argentina and No Way Out? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Arbeitspapiere, 210, September 1984.
- FOLKERTS-LANDAU, David, "The Changing Role of International Bank Lending in Development Finance". IMF-Staff Papers, Vol. 32, 1985, S. 317-363.
- FREY, Bruno S., Friedrich SCHNEIDER, "Die Kreditvergabe der Weltbank an Entwicklungsländer: Eine erklärende Analyse". In: Herbert GIERSCHE (Hrsg.), Probleme und Perspektiven der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., 148, Berlin 1985, S. 439-452. Referat gehalten auf der Jahrestagung 1984 des Vereins für Socialpolitik, Travemünde 1984.
- GONENSAY, Emre, "Country Experience with Restructuring Incentives: The Case of Turkey". In: Bela BALASSA, Herbert GIERSCHE (Eds.), Economic Incentives. Symposium 1984. Im Druck.

- DE GRAUWE, Paul, Michele FRATIANNI, "The Political Economy of International Lending". The Cato Journal, Vol. 4, 1984, No. 1, S. 147-170.
- GUTOWSKI, Armin, Vor einer neuen Runde von Verschuldungskrisen? Referat gehalten beim Malenter Symposion V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.
- GUTTENTAG, Jack, Richard HERRING, "The Insolvency of Financial Institutions: Assessment and Regulatory Disposition". In: Paul WACHTEL (Ed.), Crises in the Economic and Financial Structure. Lexington 1982, S. 99-126.
- HIEMENZ, Ulrich, Strategien zur Vermeidung neuer Verschuldungskrisen: Anpassungsmaßnahmen der Schuldnerländer. Referat gehalten beim Malenter Symposion V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.
- INSTITUTIONAL INVESTOR MAGAZINE, New York, lfd. Jgg.
- KARSTEN, Ingo, Internationale Bankkredite an Entwicklungsländer. Ökonomische Probleme und Lösungsansätze. Baden-Baden 1984.
- KILBORN, Peter T., "Volcker May Act on New Type of Argentine Loan". International Herald Tribune, 4. November 1985.
- KÖHLER, Volkmar, Die internationale Verschuldungskrise aus entwicklungspolitischer Sicht. Referat gehalten beim Malenter Symposion V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.
- MORGAN GUARANTY TRUST COMPANY, "Strengthening the LDC Debt Strategy". World Financial Markets, September/Okttober 1985, S. 1-14.
- NUNNENKAMP, Peter [1985a], "Die Entstehung und Bewältigung von Verschuldungskrisen in Entwicklungsländern". Die Weltwirtschaft, 1985, H. 2, im Druck.
- [1985b], The International Debt Crisis of the Third World: Causes and Consequences for the World Economy. Kiel 1985, unveröff. Manuskript.
- , Georg JUNGE, Die Kreditbeziehungen zwischen westlichen Geschäftsbanken und Entwicklungsländern. Unternehmerisches oder gesellschaftliches Risiko? Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Bd. 68, Köln 1985.
- ORGANIZATION FOR ECONOMIC CO-OPERATION AND DEVELOPMENT (OECD), Expert Group on Banking, Trends in Banking in OECD Countries. Paris 1985.
- SCHULMANN, Horst, Aufgaben des Internationalen Währungsfonds und multilateraler Entwicklungshilfe-Organisationen. Eine vorläufige Analyse des Baker-Plans. Referat gehalten beim Malenter Symposion V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.

TIETMEYER, Hans, Strategien zur Vermeidung neuer Verschuldungskrisen: Forderungen an die Industrieländer. Referat gehalten beim Malenter Symposium V "Die internationale Verschuldungskrise: Ursachen, Auswirkungen, Lösungsperspektiven", Malente, 11.-13. November 1985, unveröff. Manuskript.

VAUBEL, Roland, "International Debt, Bank Failures, and the Money Supply: The Thirties and the Eighties". The Cato Journal, Vol. 4, 1984, No. 1, S. 249-267.